

KRD · Coswiger Straße 7 · 06886 Luth. Wittenberg

Bundesministerium der Finanzen  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
Postanschrift: 11016 Berlin



*Königreich Deutschland*  
Der Oberste Souverän

Staatskanzlei:

Coswiger Straße 7  
06886 Lutherstadt Wittenberg

Telefon: 03491 50 60 86 09

E-Mail: kontakt@koenigreichdeutschland.de

Lutherstadt Wittenberg, 02.10.2013

Sehr geehrte Frau Dr. Elke König,  
sehr geehrter Herr Felix Hufeld,  
sehr geehrter Herr Raimund Röseler,  
sehr geehrte Damen und Herren im aufsichtsführenden Bundesministerium der Finanzen,  
sehr geehrter Herr Gohr,

Wir weisen darauf hin, daß Wir Ihre letzten zahlreichen Faxentwürfe (siehe auch § 37 (2) VwVfG, § 126 BGB u.a.) an die NDGK nicht ernst nehmen können und sie als gegenstandslos gewertet werden müssen und daß dieses Schreiben den gleichen Zweck verfolgt, den Wir schon im letzten Absatz des Schreibens vom 27.08.2013, welches Ihnen sicher zur Kenntnis gelangt ist, formulierten. Zudem ist dieses Schreiben nicht für Sie allein bestimmt, sondern auch für die vielen Leser, die ihre Tätigkeiten an Unsere anpassen.

Als Beweis liefern Wir Ihnen zur Nichtigkeit Ihrer Schreiben einige Schriftstücke im Anhang 1. Im Anhang 2 liefern Wir eine Kopie eines Zeitungsausschnittes der BILD-Zeitung, an dem Sie ersehen können, daß selbst dem "normalen Anleger" voll bewußt ist, daß er im Nachrang ist und die Klausel keinesfalls überraschend sein kann.

## I.

Wir ersehen, daß Ihre Auslegungen des Rechtes in diametralem Verhältnis zu Ihren eigenen früheren Ausführungen (die Bestandskraft haben) stehen und daß Sie selbst Gesetze und höchstrichterliche Entscheidungen (nichtgesetzlicher Richter nach GVG und GG) einfach ignorieren. Dabei verfolgen Sie beständig folgende Strategie in den Schriftwechseln, egal ob es sich um die "Königliche Reichsbank" (KRB) oder die Absicherungen NeuDeutsche Gesundheitskasse (NDGK), Deutsche Gesundheitskasse (DGK), Deutsche Ruhestandskasse (DRK) oder um die Deutsche Haftpflichtschadenausgleichskasse (DHK) handelt:

1. Sie stellen fehlerhafte Behauptungen in den Raum und behaupten Offenheit für eine andere rechtliche Darstellung;
2. Sie ignorieren sämtliche Tatsachen, geschilderten rechtlichen Zusammenhänge und Nachweise, die Wir vorbringen, beweisen nicht das Gegenteil und stimmen damit still zu;
3. Sie halten Ihre unsubstantiierten Behauptungen trotz alledem einfach aufrecht und fordern Abwicklung nichtexistenter "Versicherungsgeschäfte" oder nichtexistenter "Bankgeschäfte".



- Dabei wissen Sie, daß keine Ihrer Forderungen, so wie sie geschrieben stehen und von Ihnen verlangt werden, erfüllbar ist, da diese Geschäfte substanziell gar nicht existent sind;
4. Dann setzen Sie sog. "Zwangsgelder" fest, gegen die sich zu wehren einerseits unnötig ist, da all Ihre Behauptungen unsubstantiiert und Ihre Forderungen demzufolge auch nicht leistbar sind; zudem verwehren sie dabei teilweise die Möglichkeit des Einschreitens gegen diese Zwangsgelder oder bringen vor, daß man sich bei Ihnen über Sie beschweren kann;
  5. Sie kriminalisieren Unsere Tätigkeiten, obwohl niemand Schaden nehmen kann, alle Tätigkeiten klar ersichtlich nicht in Ihren Zuständigkeitsbereich fallen, alle mit Uns interagierenden Menschen als Zugehörige ganz klar aus freiem Willen und im Bewußtsein ihrer rechtlichen Position und der rechtlichen Folgen mit Uns interagieren;
  6. Dann benutzen Sie dumme oder uninformierte Menschen (Polizisten u.a.), um gegen Uns und Unsere legalen Tätigkeiten vorzugehen.

Es ist Ihr Auftrag nach VAG, ausschließlich im öffentlichen Interesse zum Schutze der Verbraucher zur Verhinderung von unfreiwilligen Vermögensschäden zu handeln. Dem kommen Sie aber so nicht nach. Dann müßten sie das Zins- und Zinseszinsystem abschaffen!

Daß es sich bei Ihrer Organisation um eine kriminelle Vereinigung handelt, wurde ja schon bei der Durchsuchungsaktion hier erwiesen. Wenn Sie wollen, daß Wir diese für Uns erwiesene Aussage unterlassen, können Sie ja ein gerichtliches Mittel zur Unterlassung Unserer Behauptung erwirken. Wir gehen jedoch davon aus, daß Sie dies gar nicht erst versuchen, da Sie diesen Prozeß sicher verlieren werden. Sollte aber gerichtlich festgestellt werden, daß Wir Uns in Ihrem Falle doch nicht mit Kriminellen abgeben, dann können Wir Ihnen auch gern weiterhin schreiben. Wir wollen mit Kriminellen jedoch keinen Umgang pflegen und Wir werden auch keinen weiteren Schriftwechsel mit derartigen Subjekten führen, wollen Wir doch nicht Beihilfe zu (weiteren) Straftaten leisten oder auch nur mit Straftätern auf der Ebene einer offenen Zusammenarbeit interagieren. Gern jedoch lassen Wir Uns eines Besseren belehren und sind für ehrliche Menschen offen. Nicht alle in Ihrer Dienststelle sind ja solche kriminellen Menschen. Wir haben erfahren, daß es auch sehr gute und ehrliche Menschen gibt, die echtes Interesse am Gemeinwohl und an einer dauerhaft stabilen und freiheitlichen Gemeinschaft haben und die nicht Teil der bald eintretenden satanischen und faschistischen NWO sein wollen.

In Unserem letzten Schreiben an Sie vom 18.07.2013 teilten Wir Ihnen mit, daß Wir Ihnen zum vorletzten Mal schreiben würden. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, daß Wir Ihnen das letzte Mal auf solch unverbindliche Art schreiben. Der Grund dafür ist Ihr fortgesetztes schikanehaftes Verhalten bei der Rechtsanwendung, welches nur den Zweck zu haben **scheint** (?), Unsere gemeinwohlorientierten Tätigkeiten und die Freiheit der Menschheit zu untergraben. Dies verstößt gegen den § 226 BGB (Schikaneverbot).

"Die Ausübung eines Rechts ist unzulässig, wenn sie den Umständen nach nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen."

Wie bedanken Uns nochmals für die Zeiten, an denen Sie sich an Recht und Gerechtigkeit hielten und Wir werden Uns nach besten Kräften bemühen, für die Zukunft gerechtere und bessere Zeiten für Deutschland und die Welt zu fördern. Wir werden die NWO für die Menschen zulassen, die weiterhin ihre Verantwortung abgeben und/oder die aufgrund ihrer Verhaltensweisen (noch) nicht geeignet sind, in Unsere Ordnung zu wechseln.

Ihre Verhaltensweisen lassen erkennen, daß eine Auseinandersetzung mit Ihrer Dienststelle zukünftig zu keinen weiteren positiven Ergebnissen bei der Förderung des Allgemeinwohls führt und daß die aktive Schaffung von sinnvollen Alternativen nicht (mehr) in Ihrem Interesse liegt. Vielleicht mißtrauen Sie auch Unseren Fähigkeiten oder Sie unterstellen uns niedere Absichten? Wenn Wir



derartige verfolgen würden, dann würden Wir uns in Ihrem Rechtskreis tummeln, da er für kriminelle Subjekte den idealen Nährboden bildet. Wir hätten es sicher mit anderen Tätigkeiten leichter finanzielle Mittel anzuhäufen – wenn das Unser Interesse wäre, was aber nicht so ist.

Wir werden Unsere Kraft aufgrund der Verhaltensweisen des Großteils der Bevölkerung und Ihrer Vorgehensweise nun nicht mehr völlig vorbehaltlos für eine bessere Zukunft aller Menschen einsetzen (können), schon da erkennbar ist, daß die meisten der Menschen in Deutschland immer noch nicht gewillt sind, SELBST und durch die eigene Tat etwas zu einer Verbesserung der Zustände im schönen Deutschland beizutragen. Wir sind für die Handlungen der wenigen mutigen Menschen dankbar, die Unsere Tätigkeiten aktiv unterstützen und fördern. Da Unsere Tätigkeiten jedoch in ihrem Umfange und im materiell Substanziellen im Verhältnis zur Entwicklung des Durchschnittes der Menschen als zu groß und demzufolge als zu früh erscheinen, werden Wir einige Tätigkeiten einstellen, einschränken oder Uns so lange zurücknehmen, bis es mehr fähige und nicht nur beobachtende Menschen gibt, die gewillt sind, mitzuwirken oder Unsere Tätigkeiten zu unterstützen. Wir müssen all dies ja nicht tun und warum sollten Wir große Dinge leisten, die nur wenige Menschen zu schätzen wissen?

So werden Wir schon wenn Sie diesen Brief erhalten das Objekt der "Staatskanzlei" in der Pestalozzistraße 14 aufgegeben haben. Sollten sich die Institutionen (DGK, DRK, DHK, KRB) durchsetzen, die Sie offensichtlich versuchen zu verhindern, können Wir die gut geeigneten Räumlichkeiten jederzeit wieder anmieten. Schon von Anfang an wurde immer nur ein Monatsmietvertrag abgeschlossen. So sind Wir immer frei zu entscheiden, in welchem Umfange Wir tätig sind, und können Unser Verhalten an die jeweiligen äußeren Gegebenheiten zügig anpassen. Auch das Gelände des ehemaligen Krankenhauses erscheint gegenwärtig (noch) als zu groß für lediglich 20 ständige Mitarbeiter und begrenzte finanzielle Ressourcen, auch wenn Wir eine freie Universität mit wahrhaften Inhalten oder eine ganzheitliche Heilstätte für dringend erforderlich halten. Eine Verkleinerung scheint geboten. Wir nahmen wohl fehlerhaft an, daß es den Deutschen wichtig ist, wieder einen souveränen Staat zu haben, der mit freiheitlichen neuen Systemen in allen gesellschaftlichen Belangen einen echten Neuanfang bietet. Wir erkennen nun, daß dies (noch) nicht so ist. Es existiert immer noch weitgehende Uneinigkeit und es stehen bei vielen leistungsfähigen Menschen immer noch erhebliche Egobefindlichkeiten, Fehleinschätzungen oder Ängste im Wege. Wenn sich die Menschen nicht eigenmotiviert und eigenverantwortlich eine neue Gesellschaft schaffen, Sie also nicht den edlen Weg des Nachdenkens wählen, dann hilft Ihnen vielleicht der Weg der Nachahmung. Dazu wird wohl jemand erscheinen müssen, der sie anführt und sie motiviert ihm oder ihr zu folgen. Sicher kann dies nur jemand sein, der nahezu übermenschliche Fähigkeiten hat, denn wer folgt schon jemandem, der sich auf gleicher Augenhöhe mit einem selbst befindet? Wollen Wir hoffen, daß eine derartige Person bald erscheint, sonst wird wohl nach dem "Führer" wieder ein Märtyrer gebraucht und wenn auch das nicht verfügbar ist oder nichts hilft, wird wohl wieder der bittere Erfahrungsweg der gewaltsamen kriegerischen Zerstörung alles Bestehenden erforderlich, um kollektiv die entwicklungszyklisch anstehenden Aufgaben, wenigstens mit dem verbleibenden Teil der auf dieser Ebene lebenden Menschheit, zu meistern. Das lehrt die Geschichte immer wieder.

Die motivierenden Leidenserfahrungen für die Masse der Menschen sind wohl immer noch zu gering. Wir erwarten Ihre Mitarbeit und eine beständige weitere Erhöhung des Leidensdruckes durch Ihre Organisationen vor allem auf die Masse der Unternehmer des Mittelstandes ohne diese zu schnell zu arm zu machen. Die Masse der schlichten Menschen sollten diesen Leidensdruck erst später erfahren. Sie sind als unorganisierter Haufen wohl gegenwärtig noch keine Bedrohung für Ihre geplante neue Weltordnung und sie sind durch Uns gegenwärtig auch noch nicht zu organisieren. Die Zeit für den Auftritt des Schilo ist noch etwas zu früh, jedoch bald gekommen. Wir werden Unser Verhalten weiter an die Erfordernisse der Welt anpassen und erwarten gleiches von Ihnen. Wenn in jedem erforderlichen Bereich die Substanz für die Transformation geschaffen wurde, ist die Zeit gekommen. Eher werden Wir nicht in umfangreicherer Weise in Erscheinung treten. Zum besseren gegenseitigen Verständnis und zur Vermeidung derartiger Schriftwechsel, wäre ein Treffen mit brüderlichen



Kompetenzträgern hilfreich, die nicht ausschließlich der satanisch ausgerichteten Freimaurerei angehören.

Wir werden in nächster Zeit eine Erweiterung Unserer Möglichkeiten bewirken (nicht allein der physischen Basis) und den Einfluß auf alle Zugehörigen als höherrangig festzustellen wünschen. Auch Unsere Ordnung ist als höher- oder vorrangig zu akzeptieren.

## II.

Aus den oben geschilderten Gründen ergibt sich das Folgende:

1. Wir werden Ihre Anordnungen, Zwangsgeldfestsetzungen und all Ihre anderen Versuche Uns zu disziplinieren und zu unterwerfen einfach ignorieren, weiter machen wie immer und auch zukünftige ungerechtfertigte sog. "Zwangsgeldfestsetzungen", gleichgültig welcher Höhe, als gegenstandslos werten und als irrelevante Willensäußerungen ignorieren, was sie auch sind;
2. Wir werden Uns Ihren Angeboten nicht öffnen und Ihren angstmachenden Gebaren nicht beugen, egal welche Millionenbeträge Sie meinen festsetzen zu wollen, wissend, daß Sie Unsere Konten in Polen nicht erreichen können (gut, daß Sie vorher versucht haben Uns das Leben hier in der Bundesrepublik schwer zu machen, so haben Sie sich ein nettes Eigentor geschossen :-);
3. Wir werden Uns zu Ihren absurden Vorwürfen nicht mehr erklären da die Aufsichtsfreiheit Unserer Tätigkeiten längst erwiesen und Ihre Unzuständigkeit ebenso bewiesen ist, egal wie Sie selbst das auch immer sehen wollen und von Uns alles verständlich erklärt wurde;
4. Wir werden auf Unsere Art weitermachen, egal was Sie wollen, es sei denn, Sie halten sich wieder an Ihre eigenen sog. "Gesetze" und sorgen auf Uns unbekannte legale Weise für einen auf grundgesetzkonforme Weise gewählten Gesetzgeber der echte Gesetze beschließen kann (was sie Unserer Einschätzung nach aber nicht können);
5. Die Deutschen erscheinen Uns, auch aufgrund Ihrer Verhaltensweisen, als (noch) nicht bereit einen friedlichen selbstverantwortlichen Wandel ganz aus eigener Kraft zu bewirken und so werden Wir nur noch für Unsere Staatsangehörigen und Staatszugehörigen Verantwortung übernehmen und tätig sein;
6. Wir werden sukzessive allen Vereinen und allen nicht mit Uns interagierenden Menschen schrittweise Unsere Mithilfe versagen und Uns so lange zurückziehen, bis Wir um eine Mitarbeit gebeten werden. Wenn es so bleibt, erst nachdem chaotische Zustände herrschten und sich die Masse der untätigen und unverantwortlich handelnden Menschheit in ihrer Dekadenz, Dummheit und Ignoranz wieder selbst dezimiert hat;
7. Wir werden nicht vergessen und nachdem diese Ordnung abgewickelt ist, werden Wir Kriminelle zur Verantwortung ziehen, wenn diese weiterhin versuchen sollten, Unsere rechtmäßigen Tätigkeiten zu verhindern oder zu kriminalisieren.

Wir empfehlen Ihnen dringend, alle Versuche Unsere Tätigkeiten zu verhindern, endgültig einzustellen. Wir sind zwar grundsätzlich immer liebend, aber nicht dauerhaft tolerant. Das liegt schon im Kern Unseres Wesens begründet.

Des Weiteren verweisen Wir auf die Möglichkeit, mit den Herren Stöckel und Schulz weiter zu interagieren.

Damit Sie weitere Gründe für eine Beendigung Ihrer ohnehin erfolglosen Versuche (und zur Wahrung Ihres Gesichtes) haben, liefern Wir Ihnen noch einige Fakten:

In der Bundesrepublik gilt das Subsidiaritätsprinzip. Das besagt in der klassischen Formulierung der Sozialenzyklika Quadragesimo anno:



"Wie dasjenige, was der Einzelmensch als eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen, jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär, sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen"

Die ersten Anfänge des Subsidiaritätsprinzips gab es in Deutschland 1571. Das auf Uns nicht anwendbare Grundgesetz, welches in Ihrer behaupteten Ordnung jedoch faktisch angewendet wird, eben weil Sie nichts Besseres vorzuweisen haben, erhebt dieses Prinzip explizit zu einem Grundsatz (Art. 23 GG). Auch im höherrangigen Völkerrecht (s. Art. 25 GG) durch den Artikel 5 (ex Art. 3b) des Maastricht-Vertrages von 1992 über die Europäische Union ist das Subsidiaritätsprinzip als anzuwendendes Prinzip festgeschrieben.

Details entnehmen Sie bitte dem "Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit"

Das Subsidiaritätsprinzip haben Sie zu achten und auch die Verhältnismäßigkeit. Die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit haben Sie und Ihre Handlanger bei der Durchsuchungsaktion hier ja schon längst gebrochen und jegliche Verhältnismäßigkeit überschritten. Auch Ihre "Zwangsgeldfestsetzungen" sind schon längst nicht mehr verhältnismäßig. Sie sind kriminell, wie alles was Sie und die sog. "Staats-"anwaltschaft hier abliefern. Sorgen Sie lieber für ein verschuldungs- und zinsfreies Geldwesen, welches den deutschen Staat und seine Menschen nicht in der Schuld- und Zinssklaverei der nicht am Gemeinwohl orientierten Hochfinanz hält. Wir machen Ihnen doch gut vor wie das geht. Lernen Sie lieber von Uns! Sie haben doch viel mehr Ressourcen als Wir um dieses Prinzip flächendeckend umzusetzen! Ganz Deutschland mit einem zinsfreien neuen Zahlungsmittel auszustatten kostet nach Aussagen der Mitarbeiter von Giesicke und Devrient nur etwa 250 Mio. Euro! Kleines Geld um Freiheit für ein ganzes Volk zu erreichen!

Schwarze Kassen für ein solches Unterfangen sind doch genug vorhanden. Wenn Sie Angst haben das ganze selbst zu tun, dann lassen Sie Uns dies tun. Wir haben keine Angst. Jeder der etwas böswillig und tatsächlich gegen Uns und Unsere Aktivitäten unternimmt, sollte Angst haben, das werden Sie noch lernen. Unser Einfluß über Raum und Zeit reicht weiter als Sie vermuten, er endet nicht in Unserem Fleisch.

Wollen Sie lieber an der flächendeckenden Sklaverei der sog. Neuen-Welt-Ordnung der Internationalen-Hochfinanz-Satanisten teilhaben? Ist die freiheitlich demokratische Grundordnung nur Heuchelei? Scheitert diese zu verteidigen an der eigenen Feigheit? Ist es die Angst um Ihr Leben? Ist es Angst vor der Loge und Ihrem feinen hohen "Herr"? Sollte Ihr "sog." Logenhochmeister ein Treffen wünschen, sind wir gern für diskrete Gespräche bereit. Oder wollen Sie es doch selbst leisten? Auch ja, Sie selbst haben ja keinen legitimierte Herausgeber einer echten zinsfreien Währung. Und, es würde Ihnen auch keiner mehr glauben und nachlaufen. Wie gedenken Sie selbst dem zukünftigen bargeldlosen Faschismus zu entgehen? Meinen Sie ernsthaft, der wäre gut für Sie und Ihre Untergebenen?

Da Wir gegenwärtig selbst nicht über die Ressourcen verfügen (wofür Sie mitverantwortlich sind), flächendeckend ein eigenes neues Geld für ganz Deutschland herzustellen und einzusetzen, werden Wir wohl den gesamten Bankensektor abschaffen, den Zahlungsverkehr auf andere Art und weitestgehend bargeldfrei organisieren müssen und jedes angeschlossene Unternehmen zu einer "Bank" machen. Das versetzt Ihrem geplanten faschistischen System den Todesstoß. Wollen Sie das? Wir werden das tun, wenn Sie nicht auf friedfertige Art kooperieren.

Wir können aber auch gern aufhören tätig zu sein. Die freie Wahl, dies zu tun, haben Wir hier. Wir müssen hier gar nichts tun, Wir wollen tun, aber nicht um jeden Preis. Warum sollten Wir einem Haufen von Ignoranten oder abwartenden Feiglingen helfen?

Drücken Sie sich einfach klar mit folgendem Satz aus:



"Peter, Oberster Souverän des Königreiches Deutschland, hört bitte auf zu handeln."

Wenn Sie diesen Satz genau so schreiben, werden Wir Unsere Tätigkeiten so lange beenden, bis Sie Uns wieder auffordern zu handeln. Sie können aber auch auf folgende Art vorgehen:

Schicken Sie doch einfach jemanden hier vorbei, der genügend Geld auf der "Königlichen Reichsbank" mit einer Nachrangabrede anlegt oder einen Vertrag über ein partiarisches Darlehen für ein konkretes Unternehmen mit einem Staatsangehörigen über den Gelddruck abschließt. Nur dann nehmen Wir diese Kunstgegenstände, genannt "Euro", an. Wir können dann all das tun, was Sie nicht tun können oder wollen. Wenn Sie Angst vor Ihrem Herrn haben dann sorgen Wir gern für Ihren Schutz und auch für den Schutz Ihres Boten.

All dies sind nur Angebote von Uns die zu einer neuen besseren Welt führen. Es liegt an Ihnen wie schnell Wir handeln. Wir haben selbst keine Ziele außer Unser Bestes zu geben. Das Tempo und die Art Unseres Vorgehens bestimmen Sie allein. Wir sind gespannt darauf, wie Sie handeln.

### III.

Ein weiterer, schon erwähnter Punkt ist, daß Ihre Tätigkeit ausschließlich im öffentlichen Interesse auszuüben ist. Sie wollen die Rechte der Abgesicherten schützen weil Sie vorgeben, daß alle Mitglieder der NDGK erhebliche Beiträge nachzuzahlen hätten, weil sie nicht der sog "Versicherungspflicht" nachkommen würden? Das ist unsubstantiiert. Es gibt das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung", welches es ab dem 01. August 2013 allen Abgesicherten erlaubt, ohne Nachzahlungen leisten zu müssen, bis zum 31.12.2013 aus der NDGK in die Krankenversicherungen und Krankenkassen der BRD zu wechseln oder als Nichtversicherter nachzahlungsfrei in eine Pflichtversicherung einzutreten. Die Herren Stöckel und Schulz werden das wahrscheinlich allen Mitgliedern der NDGK nochmals anbieten. So ist Ihrem gesetzlichen Auftrag Genüge getan und Sie müssen Niemanden vor der angeblich illegal handelnden "NeuDeutsche Gesundheitskasse" beschützen. Natürlich können dann (ehemalige) Mitglieder nicht mehr dabei unterstützt werden auch alternative Heilverfahren anzuwenden. Natürlich kann dann auch kein gutes Beispiel für eine äußerst rentable Kasse mehr gegeben werden. Es kann dann auch nicht mehr für eine gute Volksgesundheit gesorgt werden usw. Aber wer will das schon. Sie nicht, soviel scheint festzustehen. Aber die Menschen sind ja selbst verantwortlich. Warum gehen Sie trotz illegalem Wahlrecht Politiker wählen, die nichts zu entscheiden haben? Warum laufen die Schafe weiter zu organisierten Demonstrationen die gar nichts bewirken? Warum arbeiten Sie noch für diese illegalen Handlanger des Dunklen? Weil die meisten Menschen keine Prinzipien und tatsächlichen Werte haben? Weil sie es nicht besser wissen? Verdient es eine derartige Welt tatsächlich erhalten zu werden? Bislang setzen Wir Uns noch nach besten Kräften dafür ein. Ein wenig mehr Hilfe von Ihnen und weiteren mutigen Menschen wäre angenehm.

### IV.

Wir wollen zu Ihrer Informationsbefriedigung nun im Einzelnen näher auf verschiedene Tatsachen eingehen.

Wir betreiben keine erlaubnispflichtigen Bankgeschäfte im Sinne des §1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des KWG und können Ihnen schon aus diesem Grunde keinerlei Informationen zu angeblichen unerlaubten "Bankgeschäften" oder "Einlagegeschäften" der "Königlichen Reichsbank" liefern, selbst wenn Wir wollten, da diese nicht existieren.

Insoweit können Wir Ihnen auch keine Auskünfte zum Umfang der über die KRB angeblich unerlaubt betriebenen Bankgeschäfte leisten, da diese nicht existieren.

Wir können Ihnen auch keine Konten benennen auf denen wir unbedingt rückzahlbare Gelder von Publikum annehmen und angebliche unerlaubte Bankgeschäfte tätigen würden, da diese nicht existieren. Unser einziges Konto für Unsere legalen Tätigkeiten ist zudem im Internet veröffentlicht, dazu braucht es wohl kaum schriftliche Informationen.



Wir können auch keine Abwicklung von angeblich unerlaubt bestehenden Bankgeschäften nach § 1 KWG leisten, da diese nicht existieren. Wie kann man etwas nicht Existentes einstellen oder abwickeln?

Wir interagieren ausschließlich mit Zugehörigen oder Staatsangehörigen, oder mit von Ihnen so bezeichneten sog. "Mitgliedern". Schon dies allein ist ausreichend für die Tatsache, daß es sich nicht um erlaubnispflichtige sog. "Bankgeschäfte" handeln kann, selbst wenn Sie den Nachrang als überraschend einstufen, was er aber auch nicht ist.

Selbst der Reporter der BILD-Zeitung (siehe Anhang) hat dies verstanden und all seinen Lesern mitgeteilt. Es ist also schon Allgemeingut, daß Wir mit einem Nachrang arbeiten und ausschließlich für Zugehörige (oder Mitglieder, wie Sie es nennen) tätig sind.

Es ist auch nicht möglich Informationen zu nicht existenten Verträgen zu liefern, da es bislang nicht einen einzigen abgeschlossenen Vertrag mit der DRK, DGK, DHK gibt. So ist es auch nicht möglich, auf Ihre Forderungen einzugehen, da Sie Dinge untersagen, die nicht getan werden, Sie Abwicklung verlangen für Verträge, die nicht existieren, Sie Weisungen zur Abwicklung liefern von Dingen, die nicht existieren, Sie Auskünfte verlangen zu nicht existenten Verträgen und Sie Zwangsgelder androhen und Gebühren festsetzen, die nicht existente Vorgänge betreffen.

§ 275 BGB Ausschluß der Leistungspflicht:

"Der Anspruch auf Leistung ist ausgeschlossen, soweit diese für den Schuldner oder für jedermann unmöglich ist"

Dies ist hier anzuwenden, wenn Sie überhaupt einen Anspruch auf die Leistung einer Auskunftspflicht und der weiteren durch Sie geforderten Leistungen durch Uns hätten. Sie haben jedoch keine Ansprüche, da

- Wir ein eigener Staat sind und Ihre Befugnisse als Verwaltungskonstrukt einer Firma nachrangig sind.
- Wir keine Bankgeschäfte gemäß § 1 KWG tätigen,
- Wir keine Versicherungsleistungen mit Rechtsanspruch anbieten,
- Ihre von Ihnen angewendeten sog. "Gesetze" von einem grundgesetzwidrig gewählten sog. "Bundestag" "verabschiedet" wurden und damit folgerichtig grundsätzlich nichtig sind,
- Sie immer nur Schreiben als Entwürfe liefern, die nicht den Formerfordernissen genügen, damit nur als gegenstandslos gewertet werden können und nichtig sind.

Da dies System hat, ist dies Nötigung und damit eindeutig kriminell. Sie sind wohl nur gut bezahlte Handlanger des Dunklen zur Systemerhaltung?

Mit Schreiben vom 11.07.2011 führten Sie aus:

*"Darin teilten Sie mit, die Geschäftstätigkeit der sog. "NeuDeutschen Rentenkasse" (nachfolgend NDRK) erst nach einem vorherigen Prüfungsantrag zur Klärung der Erlaubnispflicht des Geschäftsvorhabens nach dem Gesetz über die Aufsicht der Versicherungsunternehmen ... aufzunehmen.*

*Bisher liegt mir kein Antrag vor, sodass ich davon ausgehe, dass Sie das auf der Internetseite [www.neudeutsche-rentenkasse.de](http://www.neudeutsche-rentenkasse.de) dargestellte Geschäftsmodell nicht weiter verfolgen. Ich werde meinen Vorgang daher schließen."*

Die Veröffentlichungen auf der Internetseite: KönigreichDeutschland.de zur DRK, DGK und DHK sind freie Meinungsäußerungen die zum Inhalt haben, Vorschläge für ein neues und dauerhaft stabiles



Rentensystem und weitere Systeme zu machen. Sie sind keine Werbung und führen nicht automatisch zu illegalen Handlungen oder Ihrer Aufsicht, wie Sie selbst schon vorher im o.g Schreiben klarstellten.

Selbst in der Bundesrepublik Deutschland besteht (noch) die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung. Wir verfolgen diese Geschäftsmodelle (noch) nicht. Wir können diese Modelle nicht umsetzen, da Uns dazu immer noch die fähigen Menschen und/oder die Mittel und die Sicherheit fehlen. Wenn Wir genügend Mittel und fähige Menschen haben, wenn gerichtlich die Existenz des Königreiches Deutschland festgestellt wurde, dann werden Wir tätig und werden wahrscheinlich eigenmotiviert die Herren Stöckel und Schulz entsprechende Anfragen (z.B. zur NDRK) stellen, die Sie dann vielleicht auch mit einer "Bitte um versicherungsaufsichtsrechtliche Stellungnahme" präzisieren werden.

Nun noch einige Informationen zu Ihren (unsinigen) Begehren:

- Anzahl der Anleger, von denen als Publikum Wir auf der KRB unbedingt rückzahlbare Gelder angenommen haben – **0.0 (in Worten: Null komma Null)**
- Umfang der unerlaubten "Geschäfte" – **0,0**
- Konten, auf denen unbedingt rückzahlbare Gelder des Publikums angenommen wurden – **keine**
- Konten, bei denen sich Gelder der KRB befinden, die vom Publikum unbedingt angenommen wurden – **keine**
- Anzahl der geschlossenen "Versicherungsverträge" der DGK – 0,0
- Anzahl der geschlossenen "Versicherungsverträge" der DRK – 0,0
- Anzahl der geschlossenen "Versicherungsverträge" der DHK – 0,0
- Konten auf denen derartige Gelder angenommen wurden: keine
- Anzahl nach dem 29.04.13 abgeschlossenen Verträge mit Rechtsanspruch bei der NDGK: **0,0**

Was Sie verlangt haben, ist also nicht zu liefern und da Sie nur Daten verlangt hatten, sofern Wir tun würden was Sie uns vorhielten, konnten Wir Ihnen auch keine Auskünfte und Daten liefern.

Wir hoffen klargestellt zu haben, daß Wir keine Auskünfte zu unbedingt angenommenen Einlegergeldern vom Publikum bieten können, wie von Ihnen verlangt, da es diese nicht gibt. Wir müßten etwas erfinden, was Wir aber nicht tun. Wir können also nicht liefern was Sie fordern.

§ 275 BGB Ausschluß der Leistungspflicht:

"Der Anspruch auf Leistung ist ausgeschlossen, soweit diese für den Schuldner oder für jedermann unmöglich ist"

Ein Vergleich zu Ihrem Verständnis und zum Verständnis des "normalen Anlegers" wie Sie vorgehen:

Hiermit weisen Wir Sie an, ab morgen die Erde still stehen zu lassen. Für jeden Tag der Unterlassung Unserer Anordnung, setzen Wir ein Zwangsgeld in Höhe von 150.000 Euro fest.

Sollten Sie Unserer Anordnung nicht Folge leisten, drohen Wir Ihnen Ersatzzwanghaft an.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Sie können sich bei Uns über Unsere Anordnung beschweren. Wir weisen darauf hin, daß die Beschwerde keine aufschiebende Wirkung hat und für jeden weiteren Tag ab dem Zeitpunkt der Beschwerde das Zwangsgeld auf 200.000,- Euro pro Tag der Unterlassung festgesetzt wird.

Wir können nur hoffen, daß die Deutschen nicht mehr so uninformiert sind und Ihre "Anordnungen" ernst nehmen und daß die BRD-Besitzer-Sklaven den Anordnungen der Handlanger der internationalen Hochfinanz (BaFin) nicht mehr nur blind folgen. Unserer Erfahrung nach finden Sie leider immer noch genug dumme EU-Untertanen, die aufgrund ihrer Bezahlung und Uniform



weiterhin brav ihr Gehirn abgeben und für eine effiziente Selbst-Versklavung und die Versklavung ihrer Kinder sorgen.

Wir werden Uns gegenüber Ihnen nicht nochmals äußern und Uns schon gar nicht beugen, egal welche Übel Sie Uns auch immer androhen. Es wurde von Uns alles gesagt.

**V.**

Für den Aufwand dieses Schreibens berechnen wir Ihnen eine Gebühr in Höhe von 10.000 Euro, die Sie auch in Neue Deutsche Mark zahlen können.

**VI.**

Für den Fall, daß Sie weitere Schreiben von Uns wünschen, senden Wir Ihnen einen Antrag auf Zugehörigkeit zum Königreich Deutschland. Wenn Sie diesen ausgefüllt und unterzeichnet haben, können Wir aufgrund des dann bestehenden Vertragsverhältnisses gern weiteren Schriftwechsel mit Ihrer eingetragenen Firma führen. Ihren Firmeneintrag finden Sie im Anhang

Mit freundlichen Grüßen



Peter  
Imperator Fiduziar



# LANDKREIS WITTENBERG

## Der Landrat



Landkreis Wittenberg Postfach 100251 06872 Lutherstadt Wittenberg

### Vorab per Fax

Herrn Dipl.-Ingenieur  
Michael Bergstein  
E-Rumpler-Weg 19  
90411 Nürnberg

Fachdienst: FD Bauordnung (63.60)  
Besucher- Breitscheidstraße 4  
adresse: 06886 Lutherstadt Wittenberg  
Auskunft erteilt: Herr Häuser  
Zimmer-Nr.: A2-26  
☎ 03491 479-675  
Fax: 03491 479-675  
eMail:  
E-Mail-Adresse nur für formlose Mitteilungen ohne elektronische Signatur.

Datum und Zeichen  
Ihres Schreibens

Mein Zeichen  
(bei Antwort bitte angeben)  
63-02109-2013-26

Datum  
11. September 2013

Vorhaben:  
Bau- und Nutzungsänderung einer Verkaufsstelle für Geschenk-  
artikel im EG des Wohn- und Geschäftshauses in eine Bank sowie  
Anbringung einer Werbeanlage an der Fassade (ca. 0,6 m x 7 m)  
hier: ordnungsbehördliches Verfahren

Antragsteller:  
Landkreis Wittenberg  
FD Bauordnung  
- untere Bauaufsichtsbehörde -  
Breitscheidstraße 4  
06886 Lutherstadt Wittenberg

eingegangen: 31. Juli 2013

Grundstück	Lutherstadt Wittenberg, Schloßstraße 29, Coswiger Straße 7	
Gemarkung	Wittenberg	Wittenberg
Flur	65	66
Flurstück	212	217

Sehr geehrter Herr Bergstein,

mit Faxschreiben vom 9. September 2013, welches nicht an den Landkreis Wittenberg, sondern an meine Person adressiert wurde, teilten Sie mit, dass der Betreiber der Unternehmung Schloßstraße 29/ Coswiger Straße 7 keine vorwiegenden Büro- und Verwaltungstätigkeiten durchführen wird und bei der Eröffnung geplant sei, hauptsächlich Verkauf zu betreiben. Jedoch sei eine Nutzungserweiterung für Büro- und Verwaltungstätigkeiten vorgesehen.

Da in vorgenannter Angelegenheit eine ordnungsgemäße Bevollmächtigung nicht vorliegt, die Sie ermächtigt, rechtsverbindliche Erklärungen sowohl für den Eigentümer der Liegenschaft als auch für den Bauherrn/ Mieter abzugeben, wird dieses Schreiben als gegenstandslos gewertet.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Häuser

Herr Häuser

Da Sprechzeiten der Fachdienste  
Di 08:30 - 12:00 Uhr  
13:00 - 16:00 Uhr  
Do 08:30 - 12:00 Uhr  
12:00 - 16:00 Uhr

Telefon: 03491 479-0  
Fax: 03491 479-675  
Internet: www.landkreis-wittenberg.de  
E-Mail: info@landkreis-wittenberg.de  
nur für formlose Mitteilungen ohne elektronische Signatur

Vollbank Wittenberg  
Konto Nr.: 355550  
BLZ: 800 635 96  
IBAN: DE63 8006 3599 0000 3555 50  
BIC: VOLLDE33HAN



Amtsgericht Mitte, Abt. 113, 10174 Berlin

Frau

Fahrverbindungen:  
U-Bhf. Alexanderplatz (U2, U5, U8), S-Bhf. Alexanderplatz (S5,  
S45, S75)  
U-Bhf. Köpenstraße (U2)  
Bus 100, 148, 200, TXL  
Fremd M4, M5, M6  
(Diese Angaben sind unverbindlich)

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:  
Mo. u. Di. von 08.30 - 15.00 Uhr  
Mi. u. Fr. von 08.30 - 12.00 Uhr  
Sa. von 08.30 - 15.00 Uhr  
und Gesprächstermine zwischen  
15.00 - 16.00 Uhr nach Vereinbarung

Erstellt am: 03.09.2013

Geschäftszeichen

Ihr Zeichen

Bearbeiter

Tel.  
1849

Fax  
2223

Datum  
02.09.2013

Sehr geehrte

in der Sache

wird Ihnen mitgeteilt, dass Ihr bei Gericht am 09.08.2013 eingegangenes Schreiben zwar als Einspruch gegen das Versäumnisurteil des Amtsgerichts Mitte vom 24.07.2013, anzusehen ist. Dieser Einspruch ist jedoch unzulässig, weil Ihr Schreiben nicht unterzeichnet ist. Auch ein maschinell erstelltes Schreiben ist nicht ohne Unterschrift gültig.

Ihnen wird Gelegenheit gegeben, binnen 10 Tagen Stellung zu nehmen oder den Einspruch zurückzunehmen. Der Einspruch muss ggf. kostenpflichtig als unzulässig verworfen werden.

Brade

Richter am Amtsgericht

Beglaubigt

Nieke  
Justizbeschäftigte



# ... auch noch die D-Mark neu...

Königliche Währung!  
So sehen Vorder- und  
Rückseite der neuen  
D-Mark aus ►



Von T. SCHOLTYSECK

Wittenberg – Vor einem Jahr gründete Peter Fitzek (47) seinen eigenen Staat, ließ sich zum König krönen (BILD berichtet). Anlässlich des Jahrestags eröffnet Imperator Fiduziar jetzt die Königliche Reichsbank.

**OBWOHL IHM BANKGESCHÄFTE STRIKT VERBOTEN SIND, BRINGT SEINE MAJESTÄT AUCH DIE D-MARK NEU HERAUS.**

Das Königreich ist nur 9 Hektar groß, hat aber eigene Pässe und Kfz-Kennzeichen. Deshalb hat der selbsternannte Souverän laufend Ärger. Im April stürmten 200 Polizisten im Auftrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) die Monarchie, weil dem Imperator jegliche Bankgeschäfte untersagt sind. Doch seine Hoheit ignoriert das, wie BILD herausfand.

In der Reichsbank-Filiale in der Schlossstraße empfangen junge Damen die Kunden. „Bei uns ist Ihr Geld vor Währungsschwankungen sicher“, verspricht Reichsbankerin Saskia B. „Weil bei uns, anders als beim Euro,

alle Gelder durch Werte gesichert sind. Unser Reichtechnologie-Zentrum arbeitet an bahnbrechenden Entwicklungen...“ Bis zu 9 Prozent Zinsen verspricht ein Werbeaufsteller.

„Wie wollen Sie Ihr Geld anlegen? In Euro oder in Neuer D-Mark?“, fragt die Bankerin und bietet gleich das erste 20-Neue-D-Mark-Stück an: „Feinsilber. Kostet 21 Euro.“

Schließlich gibt es das Sparbuch der Königlichen Reichsbank. Einen Personalausweis interessiert die Bankerin nicht. Wichtig ist ihr nur die Unterschrift unter dem „Überlassungsvertrag“. Darin heißt es: „Das Recht des Kapitalanlegers sein Kapital zurückzufordern, tritt im Rang hinter die Interessen des Königreiches zurück...“

Königreich  
erkennt!  
nicht  
über-  
raschend,  
war  
Königreich



▲ Bunte Luftballons schmücken die Königliche Reichsbank in der Wittenberger Schlossstraße von außen

Eine Reichsbankerin stellt die Werbetafel auf ►



BILD-Reporter Thilo Scholtyseck mit seinem Sparbuch der Königlichen Reichsbank